

Das Programm:

Samstag, 8. August, 10.30 – 17 Uhr

Die globale Situation in den 50er Jahren (Beate Landefeld)

Berichte von Zeitzeugen aus einer Arbeiterfamilie (Heinz Hummler) und einer linksbürgerlichen Familie (Jörg Lang)

Das KPD-Verbot und seine Vorgeschichte (Hans-Dieter Wohlfarth)

Die Rolle der Gewerkschaften in den 50er Jahren (Kurt Baumann)

Am **Samstagabend** (ab 19 Uhr) zeigen wir den Film „Der lange Atem“ über die Durchsetzung der Remilitarisierung – mit anschließender Diskussion in Anwesenheit des Regisseurs Christoph Boekel

Sonntag, 9. August, 10 – 16 Uhr

Die praktische Umsetzung der Wiederbewaffnung (Hermann Kopp)

Die Pariser Verträge (Anton Latzo/Hermann Kopp)

Die Remilitarisierung und die Literatur (Kai Köhler)

Repressionen von damals bis heute (Hans-Joachim Wunderlich)

Unsere Referenten und Mitwirkenden sind

Kurt Baumann: freier Historiker, arbeitet bei der Post

Christoph Boekel: Filmemacher

Heinz Hummler: langjähriger BR-Vorsitzender bei der Trafo-Union

Kai Köhler: Literaturwissenschaftler, Publizist

Hermann Kopp: Historiker, ehemaliger Vorsitzender der Marx-Engels-Stiftung

Beate Landefeld: Mitherausgeberin der Marxistischen Blätter, ehemalige Vorsitzende des MSB Spartakus

Jörg Lang: Rechtsanwalt, RAF-Verteidiger, von 1974 bis 1982 Mitarbeiter der PLO im Libanon

Anton Latzo: Historiker

Hans-Dieter Wohlfarth: Anwalt für Arbeitsrecht

Hans Joachim Wunderlich: em. Professor der Uni Stuttgart



Die „Erforschung des wissenschaftlichen Werks von Marx und Engels und seiner geschichtlichen Wirksamkeit“ ist das Ziel, das sich die Marx-Engels-Stiftung gesetzt hat. Sie verfolgt dieses Ziel seit ihrer Gründung in den 1970er Jahren in Engels' Geburtsstadt Wuppertal.

Es gehört zu den wichtigsten Leistungen von Marx und Engels, dass sie die Gesellschaft nicht nur ökonomisch analysiert, sondern auch die kulturellen und geistigen Vermittlungsformen immer im Blick behalten haben. Sie lehren uns, den Kapitalismus als einen Funktionszusammenhang zu verstehen, der historisch entstanden ist und durch politisches Handeln überwunden werden kann.

Die Analyseansätze des Denkens von Marx und Engels haben auch im 21. Jahrhundert ihre Gültigkeit behalten. Das heißt nicht, dass den aktuellen Entwicklungen fertige Theoreme einfach übergestülpt werden können. Neben konstanten Merkmalen weist die kapitalistische Gesellschaftsformation auch gravierende Veränderungen auf, bei deren Interpretation der Marxismus seine Theoriekompetenz immer wieder erneut unter Beweis stellen muss. Hierzu will die Marx-Engels-Stiftung ihren Beitrag leisten.

Marx-Engels-Stiftung e. V.
Gathe 55
42107 Wuppertal
www.marx-engels-stiftung.de

**Samstag/Sonntag
8./9. August 2026**



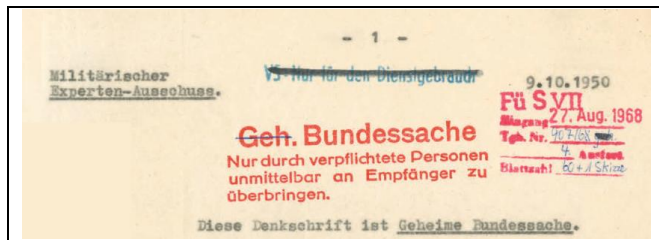
**Eine Tagung der
MARX-ENGELS-STIFTUNG
im Clara-Zetkin-Haus,
Waldheim in Sillenbuch**

Ein paar Gedanken zu unserer Tagung

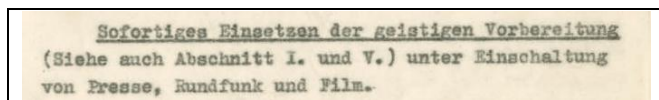
"Wir sind einverstanden damit, daß wir völlig abgerüstet werden, daß unsere reine Kriegsindustrie zerstört wird ... ich glaube, daß die Mehrheit des deutschen Volkes damit einverstanden sein würde, wenn wir wie die Schweiz völkerrechtlich neutralisiert würden."

So sprach Adenauer im Jahr 1946. Wahrscheinlich – das kann man nur vermuten – war das schon damals gelogen.

1950 wurde ein Militärreferat im Kanzleramt unter dem Tarnnamen "Zentrale für Heimatdienst" eingerichtet; sein Leiter war General Graf von Schwerin (der immerhin noch am 1. April 1945 zum General der Panzertruppe befördert wurde). Dieser General war mit der Bildung einer Expertengruppe beauftragt, die aus lauter Angehörigen der Wehrmacht bestand (u. a. Heusinger, Foertsch, Speidel, selbstverständlich alle Gegner Hitlers, auch wenn sie bis zum Ende durchhielten) und die ein Konzept zur deutschen Wiederbewaffnung erarbeitete, das später als "Himmeroder Denkschrift" bekannt wurde (siehe BArch BW 9/3119c).



An die notwendige "Gehirnwäsche" hatte man damals auch schon gedacht:



Solche Aktivitäten versuchte man zwar erst einmal geheim zu halten – immerhin waren drei Viertel der westdeutschen Bevölkerung zu dieser Zeit noch kriegsunwillig – aber natürlich waren die Remilitarisierungsabsichten unverkennbar, und dagegen entwickelte sich eine breite "Ohne-mich-Bewegung".

Am 12. Januar 1951 bildete sich ein Ausschuss zur Vorbereitung einer Volksbefragung. Die Frage lautete: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?“

Obwohl die Volksbefragung schon ein Vierteljahr später als "verfassungswidrig" verboten wurde, obwohl in den Monaten darauf über 7000 Helfer verhaftet und mehr als 1000 Gerichtsverfahren eingeleitet wurden, sprachen sich über 9 Millionen Menschen gegen die Wiederaufrüstung aus. 1952 rief die "Darmstädter Aktionsgruppe" (deren Leitung Pfarrer Mochalski hatte) zu einer "Jugendkarawane" nach Essen auf. Am 11. Mai 1952 kamen etwa 30.000 Jugendliche nach Essen – Naturfreunde, Pazifisten, evangelische und katholische Christen, FDJler ... Die meisten von ihnen wussten wohl gar nicht, dass die Kundgebung kurzfristig – einen Tag zuvor – verboten worden war.



Die Polizei ging brutal gegen die Demonstranten vor. Es wurde scharf geschossen. Zwei Teilnehmer wurden schwer verletzt, ein dritter starb unter den Polizeikugeln; es war der 21jährige Philipp Müller aus München.



Über 200 Teilnehmer wurden festgenommen, elf wurden zu insgesamt 76 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Vorsitzende Richter Arnold Rheinländer begründete das Urteil damit, es sei notwendig gewesen, „fühlbare Strafen zu verhängen, um in genügendem Maße abschreckend zu wirken.“

Die FDJ war auf Beschluss der Bundesregierung schon am 26. Juni 1951 verboten worden. Das Verbot wurde am 16. Juli 1954 letztinstanzlich bestätigt.

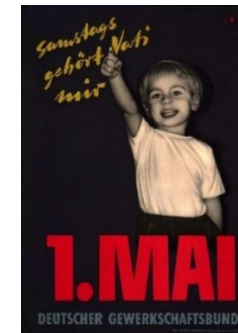
Nach dem FDJ-Verbot kam 1956 das Verbot der KPD mit den bekannten schädlichen, bis heute andauernden Folgen.

Ganz im Sinne der Himmeroder Denkschrift wurde die Bevölkerung auch "geistig vorbereitet". Wer – zumindest von den Älteren – kennt nicht das "Dreigeteilt? Niemals?", das in allen Amtstuben hing? Oder "Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau"? Darum CDU



Letzten Ende hat die Friedensbewegung den Kampf gegen die Wiederbewaffnung verloren. Trotzdem war dieser Kampf nicht umsonst; Wolfgang Abendroth hält es der Friedensbewegung zugute, dass die Pläne des US- und deutschen Imperialismus, die Sowjetunion gewaltsam – auch unter Einsatz von Atomwaffen – niederzuringen, damals nicht verwirklicht werden konnten: "Es bleibt das ungeheure Verdienst der Friedensbewegung, dass sie durch diese Verzögerung, die sie erzwungen hat, doch eine potentielle Katastrophe abgewendet hat."

Bleibt die Frage, welche Faktoren für die Niederlage verantwortlich waren? Welche Rolle spielte die SPD, welche Rolle spielten die Gewerkschaften? Gab es objektive Gründe (das "Wirtschaftswunder")?



Gibt es Verbindungslinien von den 1950er Jahren bis heute? Können wir etwas aus der Beschäftigung mit dieser Zeit lernen? Diesen Fragen werden wir bei unserer Tagung nachgehen.